

Sehr verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in dieser Ausgabe finden Sie wieder wichtige Themen der Gemeindeentwicklung. Zudem sehen wir uns genötigt, deutlich Stellung zur aufgezwungenen Diskussion über die Lesestube zu beziehen.

Ihr Bürgerforum Barendorf

Ein Wandel kündigt sich an - Das Gut Barendorf früher und das Aldorf heute

von **Sabine Marie Kämpfer**

Das Gut Barendorf ist über die Jahrzehnte aus einigen Bauernhöfen entstanden und hatte eine bewegte Geschichte. Nach dem ersten und zweiten Weltkrieg war es im Besitz von Heinrich Bockelmann, und einer seiner Söhne, Gerd Bockelmann, hat den Hof und das Land übernommen.



Es gab ein reges Leben auf dem Gut, wo Pferde, Kühe, Schweine, Hühner und Bienen gehalten wurden. Auch ein Obst- und Gemüsegarten wurde angelegt, womit eine Selbstversorgung möglich war. Das Gut war der Mittelpunkt von Barendorf. Herr Bockelmann war ein sehr sozial engagierter Mensch, darauf bedacht, dass die Bewohner von Barendorf Land kaufen konnten, um sich eine eigene Existenz aufzubauen.

Nach dem Tod Gerd Bockelmanns 1975 ging das Gut noch an zwei verschiedene Besitzer bzw. Verwalter über, danach hat Herr Cordes das gesamte Areal gekauft. Intensiv wurden Ställe und Gebäude nicht mehr genutzt. Die Tochter Conny hat etliche Jahre erfolgreich einen Hofladen betrieben, in dem sie Obst, Gemüse und Blumen aus der Region verkaufte. Auf dem Gelände fanden dann noch mehrere Kartoffelfeste statt.

Seit 2010 liegt das Gelände mehr oder weniger brach, Nur noch ein Gebäude ist bewohnt. Ein Jammer, denn es ist wirklich ein Herzstück von Barendorf.

Nun hat die Erbgemeinschaft Cordes die Absicht bekundet, das Grundstück zu verkaufen, und es könnte diesem Platz wieder neues Leben eingehaucht werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Gemeinderat beschlossen, für die Fläche einen Bebauungsplan zu erstellen, sodass mit vielen guten Ideen, Geld und Mut erneut ein lebendiger Mittelpunkt in Barendorf entstehen könnte.

Ein Wohngebiet könnte entstehen, verbunden mit Kleingewerbe, einem Raum für Begegnungen und einem Café, das bisher in Barendorf fehlt.

So gäbe es für alle Barendorfer eine gute Möglichkeit, sich für einen alten/neuen Mittelpunkt stark zu machen und daran mitzugestalten. Das Dorf Barendorf würde an Anziehungskraft gewinnen. Wünschen wir gutes Gelingen!

Informationen zum Planungsstand stellt die Gemeinde auf www.barendorf.info zur Verfügung.



- [1] Gut Barendorf [1a] Gut Barendorf Schlosserei, Erich Seidenkranz, Haus Nr. 1 (zum Gut)
 [1b] Gut Barendorf Wohnhaus "Inspektorenhaus", Haus Nr. 1 (zum Gut) (erbaut 1784) [1c] Gut Barendorf Stellmacherei, Haus Nr. 1 (zum Gut)
 [1d] Gut Barendorf Wohnhaus (Max Rütz, Paul Litfin), Haus Nr. 1 (zum Gut) [1e] Gut Barendorf Viehstall [1f] Gut Barendorf Maschinenschuppen
 [1g] Gut Barendorf Jungviehstall [1h] Gut Barendorf Schweinestall [1i] Gut Barendorf Hühnerstall
 [2] Bauernhof Heinrich "Imker-" Meyer, Haus Nr. 11 [3] Emil Preuß, Haus Nr. 50 (erbaut 1956)
 [4] Feldscheune (zum Gut) [5] Hermann Klinge, Mieter: Emil Krenz, Gertrud Wörner (Gemischtwarenhandel im Haus), Haus Nr. 14 (erbaut 1929)
 [6] Richard Ratz, Haus Nr. 16 (erbaut 1946/1949) [7] Waldemar Rose, Haus Nr. 21 (erbaut 1946)

Quelle: Mit freundlicher Genehmigung vom www.luftbildarchiv.com.

Grenzen der Bauleitplanung

BFB. Gemeinden sind gesetzlich ermächtigt, auf ihrem Gemeindegebiet Bebauungspläne als Ortsrecht zu erlassen. Diese Pläne sind Ausdruck einer gewollten städtebaulichen Entwicklung der Gemeinde. Sie sollen verhindern, dass sich die Bebauung in der Gemeinde „wie Kraut und Rüben“ entwickelt. Der Bebauungsplan ordnet sich in sogenannte Raumordnungs- und Flächennutzungspläne ein, die für ein größeres Gebiet (Samtgemeinde, Landkreis, Land) die Ziele der baulichen, industriellen, ökologischen etc. Entwicklung bestimmen.

Der Regelungsinhalt eines Bebauungsplans richtet sich nach dem Baugesetz.

Hiernach können u.a. die Art und das Maß der baulichen Nutzung (z.B. Wohnen, Gewerbe), die Bauweise, Größe von Baugrundstücken, der Nutzungszweck von Flächen, Flächen für den Gemeindebedarf und Sport- und Spielflächen etc. festgesetzt werden (vgl. § 9 BauGB).

Der Bebauungsplan gibt mithin einen Rahmen vor, was in einem Gebiet entstehen kann – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Nutzung bzw. Entwicklung einer Fläche obliegt indes dem Eigentümer der Immobilien. Insofern kann eine Gemeinde mit diesem Plan zwar den Wunsch nach z.B. gewerblicher Nutzung zum Ausdruck bringen. Die tatsächliche Flächenentwicklung ist dagegen das Ergebnis der freien Entscheidung der Eigentümer, von Investoren und der Marktentwicklung.

Wider die Ökonomisierung der Demokratie

von Kay Benson

Der Landesrechnungshof will in der Samtgemeinde Ilmenau die Wirtschaftlichkeit der Samtgemeinde im Vergleich zur Einheitsgemeinde untersuchen. Der Samtgemeindebürgermeister



Jürgen Stebani meint das Ergebnis freilich bereits jetzt zu kennen. Die Einheitsgemeinde wäre seiner Einschätzung nach im Vergleich zur Samtgemeinde um jährlich 100.000 bis 130.000 Euro kostengünstiger. Das ist nicht besonders verwunderlich, denn schließlich entfielen durch die Einheitsgemeinde Sitzungsgelder für die Gemeinderäte der vier Mitgliedsgemeinden sowie zeitaufwändige Abstimmungen, Vertragsbeziehungen und Abrechnungen zwischen diesen Gemeinden, wäre nur ein kommunaler Haushalt zu führen, etc.. Die Untersuchung des Landesrechnungshofes dürfte kein anderes Ergebnis zutage fördern, als dass die Einheitsgemeinde eine höhere Verwaltungseffizienz aufweise. Fraglich ist bereits jetzt allenfalls der Erkenntnisgewinn dieser Untersuchung.

Folgte man diesem Effizienzgedanken, wäre das Fusionieren zu Großgemeinden nur folgerichtig. Auch die Anzahl der Bundesländer müsste reduziert werden, und durch die Schaffung einer zentralen Regierung in der Bundeshauptstadt könnten die letzten Effizienzgewinne gehoben werden. Nur ist Verwaltungseffizienz nicht das verfassungsrechtlich gebotene Maß unserer föderalen Demokratie. Diese sieht demgegenüber eine gegliederte, mehrstufige Struktur vor, welche sich „von unten“, nämlich von

der Ebene Gemeinden über die Länder bis zum Bund aufbaut. Dabei kommt den Gemeinden die Aufgabe zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (Art. 28 GG). Theodor Heuss beschrieb die Kommunen mithin richtigerweise als „Keimzellen der Demokratie“. Aus diesem Grund widersprach bereits das Bundesverfassungsgericht in seinem sog. Rastede-Urteil ausdrücklich dem Entzug von Aufgaben der Gemeinden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit öffentlicher Verwaltungen. Stattdessen sei der politisch-demokratischen Beteiligung der örtlichen Bürgerschaft an der Erledigung öffentlicher Aufgaben der Vorzug zu geben. Man sollte sich insofern in den ansetzenden Diskussionen über kommunale Strukturreformen immer auch vergegenwärtigen, dass demokratische Prozesse nun mal auch Geld kosten und sich dem ökonomischen Effizienzstreben entziehen. Das bedeutet auch, dass Gemeinden für ihre Aufgaben nicht zu groß ausfallen dürfen, um eine ausreichende Bürgernähe zu gewährleisten. Demokratie ist eben manchmal auch anstrengend, und das ist richtig so.

Der Diskussion um kommunale Reformen sollte deshalb m.E. eine andere Richtung gegeben werden, da sich unser Gemeinwesen mittlerweile mehr und mehr zu einer „Demokratie von oben“ entwickelt. Was sicherlich ein Grund für die zunehmende Politikverdrossenheit der Bürger und die geringe Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen ist. So verrät allein ein Blick in den Haushalt unserer Gemeinde Barendorf, dass über 75% ihrer Steuereinnahmen als Transferleistungen an den Landkreis Lüneburg und die Samtgemeinde Ostheide abgeführt werden. Die Handlungsspielräume der Gemeinden, „die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft zu regeln“, sind entsprechend eingeschränkt, was des-

halb bereits ihre Existenz infrage stellt. Vor diesem Hintergrund wäre die Einführung des ursprünglich im Steuerrecht vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Halbtteilungsgrundsatzes geboten, um diese gesetzlichen Transferleistungen von Gemeinden zu deckeln. Dies sollte die Diskussion über kommunale Strukturreformen vielmehr in Richtung der Deregulierung lenken, und damit ein anderes Schlaglicht auf die Frage der Verwaltungseffizienz werfen. Ist es denn zum Beispiel wirklich notwendig, dass Gemeinden jährlich einen nach handelsrechtlichen Grundsätzen aufgestellten und geprüften Jahresabschluss vorlegen müssen? Jeder freiberufliche Arzt, der oftmals über mehr Einnahmen als eine kleine Gemeinde verfügt, ist lediglich zur Vorlage einer einfachen Einnahmen-Überschussrechnung verpflichtet. Warum sollte wahlweise deren Erstellung nicht auch einfach dem örtlichen Steuerberater übergeben werden? Und anstatt gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt sollten die Kommunalpolitiker dann besser ihren Haushalt gegenüber ihren Bürgern vertreten. So liessen sich mit gutem Willen eine Vielzahl von Aufgaben und Regelungen finden, von welchen die Gemeinden zu entlasten wären, um der „Demokratie von unten“ wieder ausreichend Luft zum Atmen zu verschaffen. Allein die Landes- und Bundesgesetzgeber müssten hier mitspielen ...

Modell der Samtgemeinde auf dem Prüfstand

BFB. In den Samtgemeinden Ilmenau und Gellersen werden aktuell Diskussionen über die Bildung von Einheitsgemeinden geführt. Gleiche Diskussionen gab es bereits im Zuge der angestrebten Gemeindegebietsreform Ende der 70er Jahre, was seinerzeit zu Proteststürmen

der Bürger und teilweise zu einer sagenhaften Wahlbeteiligung von über 90% bei Kommunalwahlen führte. Die Gebietsreform wurde aus diesen Gründen nur teilweise umgesetzt und die Samtgemeinde als „Übergangslösung auf dem Weg zur Einheitsgemeinde“ installiert.

Worum geht's? Grundsätzlich sind die Gemeinden – wie die Gemeinde Barendorf – in ihrem Gemeindegebiet der Träger aller öffentlichen Aufgaben. Die Samtgemeinde wurde gebildet, um die Verwaltungskraft von Gemeinden zu stärken. Die Samtgemeinde ist damit ein sogenannter Gemeindeverbund (wie der Landkreis), der nur bestimmte Aufgaben für seine Mitgliedsgemeinden übernimmt, zum Beispiel:

- Flächennutzungspläne
- Schulen
- Feuerwehren
- Meldewesen
- etc.

Mit der Bildung einer Einheitsgemeinde werden alle Aufgaben der Mitgliedsgemeinden übertragen, und aus der Samtgemeinde wird selbst eine Gemeinde. Die Gemeinderäte werden aufgelöst und der Rat der Einheitsgemeinde, der sich dann aus Vertretern aller Ortschaften zusammensetzt, trifft die Entscheidungen. Einheitsgemeinden gibt es im Landkreis Lüneburg bereits im Amt Neuhaus und Adendorf. Die Einheitsgemeinde wird dann durch einen hauptamtlichen Bürgermeister geführt.

Das Bürgerforum Barendorf ist gegen die Bildung einer Einheitsgemeinde in der Ostheide. Diese wäre unumkehrbar und führte zu einer Verfestigung der Allmacht der Parteien. Stattdessen befürworten wir die Ausweitung interkommunaler Zusammenarbeit zur Steigerung einer kosteneffizienten kommunalen Aufgabenerfüllung.

Warum dauert alles immer so lange...?

von Karl Wurm

Ist das Glas im Bushäuschen demoliert, die Zaunpfähle am Spielplatz durchgefaut, die Straße mit Löchern versehen, das Gras zu hoch oder das Wasser im Graben läuft nicht ab, so wünschen wir uns doch alle in der Gemeinde eine schnelle Abhilfe.



Natürlich müssen wir dafür sorgen, dass die Verwaltung davon weiß. So ist es gut, den Telefonhörer in die Hand zu nehmen und nicht nur zu klagen. Wenn es dann immer noch zu lange dauert, hat dies unterschiedliche Gründe.

Sie sollten wissen, dass Entscheidungen, die durch Ausschüsse oder den Rat müssen, immer einen „viel zu langen Zeitraum“ in Anspruch nehmen. Das liegt an Einladungsfristen und Terminabstimmungen, ist es mehrheitsfähig oder nicht(?), dem Verwaltungsausschuss und danach der Umsetzung.

Und hier liegt das große Problem: Die Gemeinde hat keinen festangestellten, qualifizierten Arbeiter, keine Arbeitsgeräte und keinen Geräteschuppen. So ist sie auf die Vergabe von Aufträgen angewiesen, was wieder eine Kette von Abläufen in Gang setzt.

Unser Gemeindedirektor macht diese Arbeit gleichzeitig für die Gemeinde Wendisch Evern und in Stellvertretung für die Gemeinde Reinstorf und er ist vor allem der Kämmerer der Samtgemeinde. Hier liegt der Hase im Pfeffer: er ist geteilt und so bleibt vieles liegen, was eigentlich zügig erledigt werden sollte.

Alles gleichzeitig zu erledigen, geht eben nicht.

Ach ja, und da ist ja noch die Samtgemeinde. Für sie bezahlen wir als Mitgliedsgemeinde relativ viel Geld. Und wollen wir deren Bauhof in Anspruch nehmen, so ist abzuwarten, ob und wann dort Zeit ist, ob man das fachlich machen kann und will, und bezahlen muss die Gemeinde das natürlich auch. So können wir uns fragen: Ist das so alles sinnvoll geregelt?!

Ich plädiere für einen qualifizierten Gemeindefacharbeiter mit guter Ausstattung, der einen Wochenplan bekommt und diesen dann abarbeiten kann. Und nach einer Woche wäre dann schon einiges erledigt (repariert, instandgesetzt, hergerichtet). Und dann schaut man, was es in der nächsten Woche für Prioritäten gibt.

Ein solches System erfordert eine finanzielle Grundentscheidung: Mehr Geld in Pflege und Erhalt des Gemeindegewesens zu stecken, anstatt immer nur neue Baugebiete zu erschließen, die hinterher eher sich selbst überlassen sind als sogenannte Schmuckstücke unseres Ortes zu sein.



So geht es mir auch als Ratsmitglied wie vielen Bürgern in unserem Dorf: Vieles ist mir wegen des zähen Ablaufs ärgerlich und unverständlich und es ist mein Ziel, es lebenspraktischer zu regeln.

Nun will der Herbst uns grüßen ...

von Karl Wurm

So, ein paar Monate sind seit unserem letzten Infobrief dahingezogen. Was ist denn nun aus unseren Grün- und Freiflächen geworden seitdem?!

Nun, der Mai zog durch's Land und zumindest grünte es wieder überall, und hier und da war der erste Grasschnitt angezeigt. Aber wohin dann damit, mit diesem Grasschnitt? Zu Heu werden lassen und es einfahren und Abnehmer dafür finden? Es auf der Fläche lassen und hoffen, dass es nicht fault? Das Erstere wäre sinnvoll, Letzteres nicht.



Die organische Masse dort zu belassen hieße, die Flächen zu düngen für noch intensiveren Wuchs – und dann? Im privaten Bereich lässt sich Grasschnitt ja sehr gut als Mulchmaterial im Gemüse- und Staudenbereich für eine naturgerechte Arbeitsweise nutzen (haben Sie das schon mal probiert?). Die Gemeinde Barendorf und die Samtgemeinde haben solche Flächen nicht. In einer Biogasanlage wäre der Schnitt gut aufgehoben, Verträge sind nicht vorhanden!

So muss er abgefahren werden...

Mittler werden wertvolle Flächen nur zweimal im Jahr gemäht, um in der Zwischenzeit eine echte Blühzeit und Samenreife zu gewähren, zum Nutzen von Insekten und Vögeln - gut so!

Eine Veränderung von monotonem Grün hin zu vielfältig blühenden Streifen oder Flächen ist noch nicht in Sicht, die Gründe vielfältig.....

Zu unserer Freude haben sich auch schon Bürger für Patenschaften gemeldet. Das reicht von der Pflege von Flächen bis zur Pflanzung von Obstbäumen, herzlichen Dank dafür!

Sorgenkinder sind die bepflanzten Verkehrsinseln, die mehr oder weniger vor sich hindümpeln. Diese warten alle auf eine gründliche Pflege: belüften, entkrauten, Mutterboden auffüllen und neu mit Kräutern und Stauden bepflanzen. Soll Rettung kommen, so kommt sie nur so! Wann, steht in den Sternen!

Aber, es gibt auch hier schöne Ausnahmen, dank engagierter Mitbürger! Bei Spaziergängen werden sie Ihnen auffallen!

Barendorf ist reich an Freiflächen, die für eine naturnahe Aufwertung und im Sinne von „blühenden Landschaften“ gestaltet werden könnten. Aber: nichts geht von allein und alles hat seinen Preis. Wollen wir ihn zum Wohle Aller oder Vieler bezahlen? Wir werden sehen!

Das Bürgerforum wird eine Patenschaft für eine oder mehrere Flächen übernehmen, und ich hoffe, andere tun es auch.

Freude bereitet mir, wenn ich bei meinen Rundfahrten durch Barendorf hier und da sogar noch Nutzgärten sehe und betrachten kann. Sie gehören zu einer

aussterbenden Art, und vielleicht unterstützen wir als Gemeinde diese bereichernde Form der Flächennutzung. Über das Wie und Wo kann trefflich gestritten werden. Das Gleiche gilt für den Wiedereinzug von Wildstauden und -kräutern in die Staudenrabatten der Vor- und Zier(de)gärten. Bedenken wir, dass Gamander Ehrenpreis, Ziest und Günsel, Alant und Wilde Karde dem Tränenden Herz vieles voraus haben?!

Und jeder Quadratmeter Rasen weniger zugunsten von „Unkraut“ ist letztlich ein Gewinn für Wildbienen, Hummeln, Schmetterlinge und den gesamten Naturhaushalt, auch wenn sich bei dem einen oder anderen Mitmenschen bei der Vorstellung des Beschriebenen ein komisches Gefühl einstellt. Es gibt viel zu tun, warten wir nicht zu lange!

Patenschaften für Grünflächen

BFB. Die notwendige und sinnvolle Pflege und Gestaltung unseres öffentlichen Grüns ist uns ein Anliegen. Es macht unsere Gemeinde lebenswerter. In der Vergangenheit lag dieser Bereich brach. Wollen wir hier eine baldige Veränderung, so ist die Gemeinde sicherlich auf die Unterstützung ihrer Bürger angewiesen, um die wir Sie bitten und wozu wir Sie ermutigen möchten. Einige positive Beispiele dafür gibt es bereits. Hierzu ist die Übernahme von Patenschaften für festumrissene Bereiche sinnvoll. Unsere Vorstellung geht dahin, daß zwischen Gemeinde und Bürgern ein „Patenschaftsvertrag“ geschlossen wird, in dem die Fläche benannt und dann beschrieben ist, was damit geschehen kann und soll und was unterbleiben sollte. Bei der Umsetzung gibt es eine Absprache zwischen Gemeinde und den Paten. Die Bürger bekommen die notwendigen Auslagen erstattet, und die

Gemeinde veröffentlicht auf ihrer Internetseite die bestehenden Patenschaften. Mit dieser Zusammenarbeit, so hoffen wir, könnte in kurzer Zeit vieles bewegt werden. Und kostengünstig ist es auch noch. Wir werden im Rat diese Idee einbringen und hoffen auf Ihre Unterstützung und Ihr Engagement.

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf

von Nicola Benson-McAndrew

Dieses afrikanische Sprichwort nahm der Schulleiternrat der Grundschule Barendorf zum Anlass, zu einer Diskussionsrunde einzuladen.



Was macht ein Dorf aus, und wie beeinflusst der Alltag die Entwicklung unserer Kinder?

Kinder beobachten die Erwachsenen stets und ständig und projizieren Gesehenes in ihre Welt. Dabei lernen sie außer von ihren Eltern natürlich auch von anderen Erwachsenen. Mag der eine Nachbar sie herzlich empfangen und sie keine Scheu haben, hier auch mit dreckigen Schuhen ins Haus zu laufen, so wissen sie beim nächsten, dass Dieser keine Störungen mag, und ein in sein Garten gerollter Ball dem Untergang gewidmet ist. Über die eigene Gartenpforte hinaus lernen die Kinder sich mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen - wenn wir sie lassen!

Schwierig wird es dann, wenn das Drumherum den Kindern keine Gelegenheit mehr gibt, mitzuwachsen.

Die Bundesstraße stellt eine ständige Herausforderung für die Schulkinder dar. Kleine „Gelbe Füße“ auf den Fußgänger-

wegen sollen den Kindern den Schulweg erleichtern. Aus Angst vor Unfällen rollen jeden Morgen Kolonnen von Autos vor die Schule – die „Gelben Füße“ werden dabei oftmals übersehen und zugeparkt!

In Spielstraßen haben die Parkbuchten ebenerdig zur Fahrbahn zu verlaufen. Parken hier keine Autos, dann ergibt sich eine Fahrbahnerweiterung. Inzwischen finden sich keine Kinder mehr spielend auf diesen Straßen. Messungen brachten Geschwindigkeiten von bis zu 100 km/h in unseren Spielstraßen zu Tage.

Modernere Spielplätze wurden ohne Zäune und auf Sandflächen gebaut. Frei laufende Hunde fühlen sich hier wohl, um ihr „Geschäft“ zu erledigen.

Vor den Glascontainern abgestellte halbe Glasscheiben warten nur auf neugierige Kinder, die sich an ihnen die Finger aufschneiden.

Einen Schilderwald mit Ge- und Verbotsschildern aufzustellen, ist das eine - eigentlich kann der nur schmückendes Beiwerk sein!

Was macht ein Dorf aus ? „Auf dem Dorf grüßt man sich“, „Ich weiß, wo meine Kinder spielen, und die Leute wissen, wo meine Kinder hingehören“, „Ich gehöre zu dem Haushalt mit den Panzerspuren von dreckigen Stiefeln – bei uns ist immer was los.“

Der Spielplatz „Am Clasberg“ füllt sich täglich mit vielen Kindern. „Wenn euer Ball in meinen Garten rollt, dann holt ihn gerne heraus“ ruft eine Nachbarin. Ich wünsche mir für die Gemeinde Barendorf ein Miteinander in gegenseitiger Achtsamkeit – insbesondere gegenüber den Jüngsten unter uns!

Verkehrsberuhigung der Dorfstraße - Und noch ein Versuch!

von Melitta Münzel

Um weiterhin dem Wunsch der Dorfstraßenanwohner auf Verkehrsberuhigung nachzukommen (offensichtlich wird hier immer noch viel zu schnell gefahren!), hatte die Gemeinde auf Initiative des Bürgerforum Barendorf im Oktober 2012 erneut einen Antrag bei der Straßenverkehrsbehörde eingereicht. Diese beinhaltete eine Änderung der Vorfahrtsregelung in der Dorfstraße sowie eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h.



Dieser Antrag wurde in der Zwischenzeit mit folgender Begründung abgelehnt:

„Die Dorfstraße ist weiterhin Durchgangsstraße und an die K 28 Richtung Vastorf angebunden. Sie ist nach der Herabstufung zur Gemeindestraße nicht baulich verändert worden (hätte viel Geld gekostet und wurde wohl auch von den Anwohnern nicht gewünscht). Durch die Breite von 7 m stellt die Dorfstraße baulich eine Vorfahrtsstraße dar.

Eine Veränderung der Vorfahrt würde das Unfallrisiko unnötig erhöhen, da

niemand nachvollziehen kann, warum er sich auf einer breiten Vorfahrtsstraße befindet und dem aus den viel schmaleren Nebenstraßen kommenden Verkehr Vorfahrt gewähren muss.

Für eine Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h fehlt es an einem Anordnungsgrund. Nach § 45 Abs. 9 STVO dürfen Beschränkungen des fließenden Verkehrs nur dann angeordnet werden, wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht. Da es in den letzten 5 Jahren lediglich einen Abbiegeunfall und ein Auffahren auf ein parkendes Kfz gegeben hat, ist eine solche Gefahrenlage nicht herzuleiten.

Um eine verkehrliche Entlastung der Dorfstraße zu erreichen, ist der Gemeinde vor ein paar Jahren schon die Maßnahme vorgeschlagen worden, die Dorfstraße zurückzubauen und den Durchfahrtscharakter dadurch zu unterbinden, indem die Anbindung an die K28 unterbunden wird (die Dorfstraße also zur Sackgasse wird). Dies ist aber von den Anwohnern nicht gewünscht.

Außerdem sei die Dorfstraße in den letzten Jahren auch erheblich entlastet worden, indem der Verkehr von und nach Wendisch-Evern (K40) als auch der LKW -Verkehr nicht mehr über die Dorfstraße geführt werden.

Die beantragten Maßnahmen sind daher nicht geeignet, eine weitere verkehrliche Entlastung zu erreichen, sie würden sogar das Verkehrssicherheitsrisiko noch erhöhen. Daher war der Antrag abzulehnen."

Liebe Dorfstraßen-Anwohner, leider ist dem Text anzumerken, dass seitens der Behörde kein großer Wille besteht, unserer Gemeinde im Hinblick auf die Dorfentwicklung entgegen zu kommen. Ihre Argumentation ist widersprüchlich.

Raser sind gegenüber Rechts-vor-Links das kleinere Problem und außer sehr teurem Rückbau fällt der Behörde seit Jahren nichts ein. Wenn weiterhin der Wunsch nach einer Verkehrsberuhigung besteht, so sollten wir im Austausch bleiben und über Strategien sprechen, wie wir das Ziel der Verkehrsberuhigung weiter verfolgen können. Es scheint sich jedoch abzuzeichnen, dass Anwohner und Gemeinde in diesem Fall mit finanziellen Belastungen rechnen müssen.

Fußgängerüberweg über die Dorfstraße

BFB. Das Bürgerforum Barendorf hat im Gemeinderat beantragt, zur Erhöhung der Sicherheit der Schulkinder, welche die Dorfstraße auf Höhe der Bundesstraße auf ihrem Weg zur Schule queren, einen Fußgängerüberweg durch die Straßenverkehrsbehörde anordnen zu lassen. Derzeit besteht hier nur eine Fahrradfurt, und Fußgänger queren die Dorfstraße nachrangig zum Autoverkehr. Dies muss dringend geändert werden!

Schuldenbremse

von Kay Benson

Die stabile Beschäftigungslage und die robuste Wirtschaft spülen hohe Einnahmen in die öffentlichen Kassen. Experten rechnen deshalb bereits in 2013 mit einem ausgeglichenen Bundeshaushalt. Gleichzeitig warnt die Bertelsmann Stiftung vor immer höheren Schuldenständen in den Gemeinden und fordert die Einführung von Schuldenbremsen auch auf kommunaler Ebene.

Das Plus der Steuereinnahmen für die Gemeinde Barendorf wird noch in diesem Jahr durch erhöhte Schlussrechnungen von Handwerkern für das Dorfgemeinschaftshaus aufgefressen, sodass

Finanzhaushalt: Investitionen seit 2009



Auszahlungen		Einzahlungen	
	TEUR		TEUR
Immaterielles Vermögen	- 39	Zuweisungen	
Gewerbefläche Stadtkamp	- 357	- Kinderkrippe	213
Kinderkrippe	- 285	- Laternenweg	24
Sportplatzenerweiterung	- 208	- Straßenneubau B216	104
Gründerwerb Straßen	- 1	- Sportplatz	27
Entwässerung Straßen	- 300	- DGH	100
Straßenneubau	- 1.067	- GWG	1
Straßenbeleuchtung	- 75	Straßenausbaubeiträge	<u>384</u>
Betriebsvorrichtungen	- 17		853
Ausstattungen	- 26		
GWG	- 32		
Anlagen im Bau (DGH)	<u>- 1.024</u>		
	- 3.431		
		Saldo aus Investitionstätigkeit	
			<u>- 2.578 TEUR</u>

08.01.2013
Seite 14

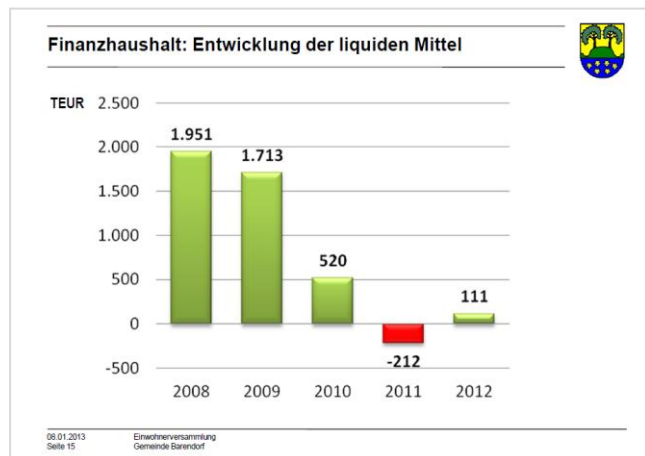
Einwohnerversammlung
Gemeinde Barendorf

Quelle: Präsentation zur Einwohnerversammlung vom 08.01.2013 auf www.barendorf.info.

sich die Gemeinde über kein echtes Plus in der Kasse freuen kann (siehe zum Haushaltsplan: www.barendorf.info > Haushalt). Mit dem Beschluss in der Ratssitzung vom 6. August, die Sanierung der Schulstraße im Jahr 2014 durchzuführen, ist bereits über eine weitere Nettoinvestition für die Gemeinde i.H.v. 160 TEUR entschieden worden. Damit wird wiederum ein Großteil der vorhandenen Kassenbestände aufgebraucht sein.

Ein Blick auf die Infrastruktur von Barendorf lässt weiteren Investitionsbedarf erkennen (Straßen, Energiesparlampen, Kinderspielflächen, Sitzbänke etc.). Allorts könnte somit weiteres Geld ausgegeben werden.

Das Bürgerforum Barendorf hält auch in der Haushaltswirtschaft ein nachhaltiges Vorgehen geboten, d.h., dass unsere Gemeinde jederzeit nur so viel Geld ausgeben sollte, wie sie durch Steuern etc. einnimmt. Zudem sollte die Aufnahme von Krediten möglichst vermieden werden. Mit der Durchführung von Investitionen auf Kredit wird Geld ausgegeben, das noch nicht erwirtschaftet wurde. Damit wird heute auf eine zukünftige Steuerentwicklung abgestellt, die sich vor dem Hintergrund nicht zu beeinflussender Faktoren auch schnell in andere Richtungen drehen kann (Schuldenkrise, Ölpreisteigerung etc.). Mit dieser Position wähten wir uns bislang in „guter Gesellschaft“ (siehe grüner Kasten).



Quelle: Präsentation zur Einwohnerversammlung vom 08.01.2013 auf www.barendorf.info.

Es gilt mithin anstehende Investitionen zu priorisieren und in zeitlicher Hinsicht anhand des realen Mittelzuflusses einzuplanen. Unter der Annahme eines ausgeglichenen Haushalts kann (der Abschreibungen entsprechend) mit einem Liquiditätszufluss von jährlich ca. 70 TEUR gerechnet werden. Nun kann sich somit jeder selbst ausrechnen, dass das Ansparen auf eine Straße mehrere Jahre in Anspruch nimmt. Wir Bürger müssen freilich mit dem Zustand leben, dass nicht jede Straße und jeder Spielplatz stets neuwertig erscheinen.

Zitat aus dem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2011: „...Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde beweist seit vielen Jahren ihre solide und nachhaltige Arbeit für Alle. Die Gemeinde Barendorf ist schuldenfrei und das soll so bleiben. ...“

Niederschrift zur 1. Sitzung des Rates der Gemeinde Barendorf, am 8.11.2011: „...Herr Kubiak beantragte, dass 3 Ausschüsse gebildet werden: ein Ausschuss für Finanz- und Nachhaltigkeit...“

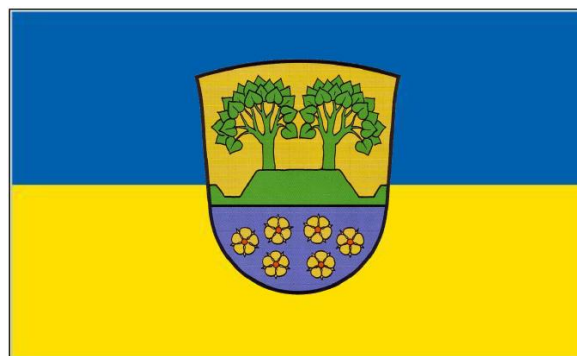
Mittlerweile besteht allerdings auch bei der SPD-Fraktion im Hinblick auf die Straßensanierung wieder ein ungebremster Investitionsdrang, obwohl bereits seit dem Jahr 2009 netto 2,6 Mio. EUR in die Infrastruktur geflossen sind.

Flagge für Barendorf

BFB. Der Gemeinderat hat auf Antrag von Bürgerforum Barendorf, CDU und Herwig Dumjahn (Bündnis90/Grüne) beschlossen, der Gemeinde Barendorf eine Flagge zu geben. Die Gestaltung einer Flagge wird nun im Sozialausschuss vorbereitet.

Eine Flagge ist ein Symbol. Sie bietet die Möglichkeit der Identifikation der Bürger mit ihrer Gemeinde und kann damit einen Beitrag zum Zusammenhalt der Bürger innerhalb der Gemeinde leisten.

Einen Vorschlag für die Gestaltung der Flagge möchten wir auch einbringen: *Das Barendorfer Gemeindewappen auf den Farben des Landkreises Lüneburg* – was halten Sie davon?



Schicken Sie uns gerne Ihre Anregungen an kontakt@bf-barendorf.de.

Klartext zum Schluss

BFB. So, nun ist es soweit. Die SPD-Fraktion im Barendorfer Rat hat offensichtlich endgültig den Boden des demokratischen Miteinanders verlassen und macht die Lesestube im Dorfgemeinschaftshaus zu einem kommunalpolitischen Kampfplatz, auf dem sie Attacken gegen ihre erklärten politischen Gegner reitet. Was ist passiert?

Mitte letzten Jahres fragten Christine Hein und Regina Wollschläger bei der Gemeinde an, ob sie eine Bücherei speziell für Senioren in den Räumen des Dorfgemeinschaftshauses betreiben dürften, nachdem sie bereits eine Absage von der Grundschule Barendorf erhalten hatten. Die Gemeinde Barendorf stellte zur Unterstützung dieser Initiative bereitwillig Räumlichkeiten und Inventar zur

Verfügung, und ermöglichte so den engagierten Frauen, ihre Idee in die Tat umzusetzen. Diverse Bücherspenden gingen schnell ein und die Ausleihe nahm ihren Betrieb auf. Mit Fertigstellung machten die Betreiberinnen per Aushang die Einrichtung dann allerdings gleich zu einer „Lesestube der Gemeinde Barendorf“.

Einrichtung und Betrieb einer öffentlichen Einrichtung sind mit Verantwortung und Kosten für die Gemeinde verbunden und bedürfen darum natürlich der Beschlußfassung der demokratisch gewählten Gremien der Gemeinde - schlußendlich des Rates. Dies kann nicht einfach durch Proklamation der Betreiberinnen erfolgen! Ein entsprechender Beschluss wurde bisher nicht getroffen, da es sich bei der damaligen Anfrage von Frau Hein und Frau Wollschläger nicht um einen Antrag an den Rat der Gemeinde Barendorf handelte und zudem die Einrichtung einer Gemeindebücherei nicht Gegenstand ihrer Anfrage war.

Es wurde nun beschlossen, diese Frage öffentlich im Sozialausschuss der Gemeinde zu behandeln. Bevor diese Frage nun weiter erörtert werden konnte, erschien in der Landeszeitung eine Pressemeldung, in der die Lesestube als Einrichtung der Gemeinde Barendorf beschrieben wurde und die mithin den Eindruck erweckte, sie sei von der Gemeinde Barendorf verfaßt. Dem war aber nicht so. Also ein klarer Fall von Amtsanmaßung seitens des Verfassers. Gemeinde, Bürgerforum, CDU und Grüne verneinen die Urheberschaft. Die SPD hat sich bisher nicht dazu geäußert. Statt offenzulegen, ob eine Person aus ihren Reihen für diesen Fall von Amtsanmaßung verantwortlich ist, schreibt die SPD-Fraktion nun einen Brandbrief und

versucht, die Straße zu mobilisieren. Wozu?

Zudem meint man sich an einen beschlossene Belegungsplan für das Sport- und Dorfgemeinschaftshaus, in dem die Nutzung der Räume für regelmäßige Veranstaltungen festgelegt wird, nicht halten zu müssen. Diesen solle doch bitte nun die Kommunalaufsicht aufheben ...

Langjährig mit absoluter Mehrheit regieren zu können, führt nicht selten zu einer gewissen Verrohung im Umgang mit der Opposition und zu dem, was als Arroganz der Macht bezeichnet wird. Vielleicht gerät dabei auch etwas in Vergessenheit, wie bei uns Demokratie funktioniert. Die Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde Barendorf haben 2011 die absolute Mehrheit der SPD in Barendorf beendet. Sie werden Gründe dafür gehabt haben. Seitdem haben wir im Rat unserer Gemeinde die Situation, dass sich Mehrheiten jeweils aufgabenbezogen finden (eine Situation, die das Bürgerforum übrigens schon immer begrüßt hat).

Wir bitten an dieser Stelle die SPD-Fraktion, eine so wertvolle Einrichtung wie die Lesestube nicht politisch zu instrumentalisieren. Sie würdigt damit den guten Zweck dieser privaten Initiative herab. Und wir fordern darum die SPD-Ratsmitglieder im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu einer konstruktiven Mitarbeit im Rat der Gemeinde auf - frei nach dem Wahlslogan ihrer Partei zur Bundestagswahl:

„Das **Wir** entscheidet.“

V.i.S.d.P.: Bürgerforum Barendorf, Kay Benson, Am Clasberg 4, 21397 Barendorf, Tel. 04137/8131949